

## **Kundgebung auf dem Mainzer Kopf und symbolische Errichtung des 1. Windrades**

Hier Auszüge aus den Redebeiträgen:

### **Hans-Dieter Wagner (Querstellen-Friedberg): Bei der Begrüßung der Teilnehmenden**

„Wenn es Joseph Boys mit seiner Stadtverwaltung gelungen ist, 7000 Eichen in Kassel zu pflanzen, dann wird es doch für uns kein Problem sein, hier auf dem Winterstein mal 15 Windräder zu platzieren. Wir fangen heute schon mal damit an. Das 1. Windrad steht und wir hoffen, dass möglichst viele dazukommen. Vielleicht sind sie sogar etwas größer, vielleicht drehen sie sich sogar und produzieren sauberen Strom.“

### **Dr. Werner Neumann (Kreisvorsitzender BUND-Wetteraukreis, Mitglied im Landesvorstand Hessen, Sprecher des Bundesarbeitskreis Energie): Grundsätzliches zu Windenergie und Energiewende**

„Wir erleben hier eine Demonstration, wie sie bisher kaum in Deutschland stattgefunden hat, nämlich eine Demonstration von 28 Organisationen für die Umsetzung von Windenergie. Das ist einmalig bisher. Wir haben immer Demonstrationen von Windkraftgegnern gehabt. Aber hier ist ein Zeichen (...) wir haben lang genug von Klimaschutz geredet, jetzt muss er umgesetzt werden, jetzt ist die Zeit für die Planung, hier sind die Menschen, die sich dafür einsetzen. Ein ganz wichtiges Zeichen, was heute von dieser Demonstration ausgeht. Vielen Dank, dass ihr alle da seid.

Die Windenergie ist einer der wichtigsten Bausteine der Energiewende, wo in Zukunft unser Strom herkommt. (...) Fotovoltaik ist der zweite Baustein neben der Windenergie, das sind die beiden wichtigen Dinge. Die Windkraftgegner versuchen das gegeneinander auszuspielen. Wir dagegen sagen, Windenergie und Fotovoltaik sind zwei Seiten der Energiewende. Die gehören zusammen, die müssen beide intensiv ausgebaut werden. (...) Mindestens 50% der zukünftigen Energieversorgung muss aus Windenergie kommen.

(...)

Der Wetteraukreis hat dafür schlicht kein Konzept. (...) Da müssen wir weiter Druck auf den Wetteraukreis machen, denn hier vor Ort findet die Energiewende statt und nicht woanders. Die OVAG hat gerade verkündet, dass sie sich an Windrädern beteiligt – in der Ostsee! (...) D.h. die OVAG verwendet kommunale Gelder, um sie in Windenergie zu investieren, weit weg von der Wetterau, statt sich hier in der Wetterau für die Windenergie einzusetzen und konkret die Anlagen zu bauen. (...) Der Strom wird teurer durch den Transport als wenn er hier produziert wird.

Deshalb sagen wir, Windenergie findet hier vor Ort statt, in der Wetterau und zwar ganz konkret auf dem Winterstein. Weil hier ist genügend Platz - hier ist ein Vorranggebiet beschlossen worden - Wind ist da. Es gibt genügend Leute, die investieren wollen, genügend Firmen, die das planen können. Wir wollen die Windenergie auf dem Winterstein hier und jetzt!

Die Kommunen wären gut beraten, das umzusetzen, denn sie könnten jedes Jahr Hunderttausende Euro bekommen und das 20 Jahre lang. Es ist eine Absurdität, dass die Kommunen eigentlich nicht im Interesse ihrer Bürger und Bürgerinnen arbeiten, sondern im Grunde im Interesse veralteter Stromkonzerne.

Insgesamt brauchen wir maximal 1 Promille der Waldfläche für Windenergie - auch weil wir 1000 m von Ortschaften wegbleiben wollen. Das ist politischer Konsens, der muss jetzt umgesetzt werden.

(...)

Der Wald leidet nicht an der Windenergie, sondern das, was wir hier sehen, ist das Resultat der Politik der fossilen Energien, die zum Waldsterben beigetragen haben. Die Windenergie ist genau dazu da, die Schäden des Klimas wieder gutzumachen.

(...)

Es gibt eine Energiewende, die heißt, riesige Wasserstoffleitungen, riesige Offshore-Windanlagen, in den Händen weiterhin von Großkonzernen. Das mag sich zwar nach erneuerbarer Energie anhören, dies ist aber nicht unsere Energiewende. Unsere Energiewende ist die mit Sonne und Wind, vor Ort, in den Händen von Bürgern und Bürgerinnen.

(...)

Setzen wir hier gemeinsam die Energiewende um, in der Wetterau und am Winterstein, alle gemeinsam. Vielen Dank.“

### **Michaela Colletti (Direktkandidatin der Grünen für den Bundestag): Begrüßung der Teilnehmenden für Bündnis 90 / Die Grünen**

„Wir setzen uns für die Windenergie ein und wir wissen, was das für Rosbach ein Chance ist, sie zu bekommen. Wir hoffen, dass wir die Bürger überzeugen können.

(...)

Ihr könnt euch nicht vorstellen, was wir in der Stadtverordnetenversammlung für Kritikpunkte bekommen, welche haarsträubenden Argumente gegen die Windkraft gebracht werden.

(...)

Dass wir Grünen den Wald abholzen wollen.

(...)

Ich weiß nicht, ob die überhaupt verstanden haben, dass, wenn wir nichts tun, dass der Wald dann bald nicht mehr da ist. Wir haben keine andere Chance, wir müssen etwas tun.

(...)

Jetzt müssen wir es anfassen. Wenn wir es in 8-10 Jahren anfassen, dann ist es zu spät.“

### **Florian Übelacker (Fraktionsvorsitzender und Energieexperte der Friedberger Grünen): Zur Planungssituation im Wintersteingebiet**

Wenn es darum geht, Windkraft durchzusetzen, geht es einmal um das öffentliche Recht (...), dann geht es u.a. um die Besitzverhältnisse hier im Wald. (...)

Ein Planer kann nur dann Anträge auf Windkraftanlagen beim Regierungspräsidium stellen, wenn er Zugriff auf das Land hat. (...)

Wenn also große Teile der Waldfläche (...) den Gemeinden gehören, dann muss die Gemeinde auch bereit sein, dies zu vermieten oder zu verpachten, um dort Windkraftanlagen errichten zu lassen.

(...)

Hier ist ein riesengroßes Vorranggebiet auf dem Winterstein, welches jetzt eigentlich von den gesetzlichen Grundlagen her vorgesehen ist. Die einzige Frage ist, ob die vier Gemeinden jetzt mitziehen oder versuchen, einen lokalen Verhinderungs-Bebauungsplan auf den Weg zu bringen. Das haben sie gemacht und wir haben uns heftig dagegen gewehrt. Wir haben mehrere Einwendungen gemacht und vorgebracht, dass mit dem lokalen Bebauungsplan nichts anderes gemacht werden soll, als Windkraft zu verhindern.

(...)

Wenn Windkraft erstellt werden soll, gibt es die klare Regelung im Bundesbaugesetz, dass über eine sog. Genehmigung privilegierter Bebauung Windkraftanlagen zu genehmigen sind. Und in einem Vorranggebiet gilt das natürlich in einem besonderen Maße und dort muss ein substanzieller Raum vorgesehen werden.

(...)

Dann ist es vollkommen klar, dass innerhalb der Vorranggebiete dieser substanzielle Raum gegeben werden muss. Das sind hier 10, 15, 20 Anlagen und nicht z.B. drei Anlagen, so wie die Bürgermeister es im Moment versuchen durchzusetzen.

(...)

Inzwischen wissen wir, dass die vier Gemeinden festgestellt haben, dass sie ihre rechtliche Einschätzung (...) nicht halten können.

(...)

D.h. im Moment kann jeder Investor, der hier eine Verbindung mit einem Grundstücksbesitzer nachweisen kann, z.B. mit HessenForst, beim Regierungspräsidium Anträge stellen und es gibt im Moment kein Hindernis durch einen lokalen Bebauungsplan.

(...)

Wir erwarten jetzt im nächsten Jahr, dass es öffentlich wird, dass der Versuch, lokale Bebauungspläne in Friedberg aufzustellen, rechtlich nicht haltbar ist und die Windkraft hier Platz greifen kann in dem Vorranggebiet Winterstein.

### **Sven Weiberg (Fraktionsvorsitzender der Linken in der Stadtverordnetenversammlung Friedberg): Über die Windkraftdiskussion in der Stadtverordnetenversammlung Friedberg**

Die Diskussion zur Windkraft in Friedberg wird lange geführt, z.B. schon 2005 mit ABO-Wind in Bruchenbrücken.

(...)

Gegen die Verhinderungsplanung der #Stadt hat ABO-Wind geklagt. (...) 2008 hat sie die Stadt Friedberg ganz klar eine juristische Klatsche geholt, die 2009 vom Verwaltungsgericht Kassel bestätigt wurde.

(...)

2011 hat die Reaktorkatastrophe in Fukushima kurzfristig zu einem thematischen Wandel geführt. (...) Sogar Bürgermeister Keller hat sich damals hingestellt und für Windkraft ausgesprochen, damals ging es auch schon um den Winterstein. Das ist dann im Laufe der Zeit aber zunehmend im Sand verlaufen. (...) Gerade bei der SPD hat man gemerkt, wie sie sich wieder wendet. Dass sie wieder der Meinung ist, dass man Windkraftanlagen doch verhindern muss.

(...)

Dann kam der Beschluss zum Vorranggebiet für Windkraftanlagen hier oben auf dem Winterstein, das heißt ganz klar eine Privilegierung hier. Das war gerade für UWG und FDP ein Startschuss, einen Wettbewerb zu machen, wer hat die absurdesten Gegenargumente? (...) Feuersbrünste durch Windkraftanlagen (...), Untergang des Schwimmbades in Ockstadt (...), Millionen Tonnen von Beton etc.(...)

Eine gewisse Distanz zur Sachlichkeit und Wahrheit ist wahrzunehmen.

(...)

Die Situation jetzt ist so:

Ich gehe davon aus, dass höchstwahrscheinlich sowieso gebaut wird. (...) Die rechtliche Situation wurde schon besprochen. Die Frage ist, wird jetzt mit Unterstützung der Kommunen gebaut, haben die Kommunen eine Chance sich an der Wertschöpfung zu beteiligen, dass wir hier eine kommunale Wertschöpfung haben. (...) Eine Wertschöpfung, die auch eingesetzt werden kann zur Armutsbekämpfung. Das wäre gerade in Friedberg, die ja eine Stadt ist, in der nicht nur Wohlhabende leben, sondern in der auch sehr viele arme Menschen leben. Ein wichtiger Punkt.

(...)

Deshalb finde ich gut, dass wir endlich ein Bündnis haben für Windkraft und nicht wie vor 15 Jahren ein Bündnis gegen Windkraft.

### **Dr. Klaus Wagner (Sonnenstromverein Hessen): Humoristische Einlagen zu Energie und Umwelt**

Erneuerbar macht keinen Sinn, 4 Prozent, mehr ist nicht drin. (Gesagt von Frau Merkel am 1.1.1993) Das ist – Gott sei Dank – überholt. Wir haben beim Strom inzwischen bereits einen Anteil von 50 Prozent.

(...)

Ein alter Mann beim Händler steht und gern ein Auto kaufen dät, do zieht ihn an seim Hosenbund und dut dann seine Meinung kund.

Ein Porsche reicht dann net mer hie, da hilft nur noch en SUV.

Es ist doch Schwachsinn, 2000 kg Blech zu benutzen, um 1000 g Hirn zu transportieren. (...)

Jetzt weiß doch jeder, dass das menschliche Hirn 1500 g hat. Mag sein, aber wer SUV kauft, der kann net mehr hawe!

(...)

Frage bei einer Veranstaltung zur Solarenergie:

Ist es richtig, dass die Sonne in 5 Millionen Jahren aufhört zu scheinen?

Nein, es sind 5 Milliarden!

Da bin ich aber beruhigt!

### **Klaus Seipel (Grünspan, hat bei mehreren Genehmigungsverfahren von Windparks mitgewirkt): Informiert über Planungsprobleme**

Wir haben hier mehrere Leute, die die Hüte aufhaben. (Er meint neben den 4 Anrainerkommunen vor allem HessenForst und BundesForst, die alle Flächen im Windvorranggebiet halten.)

(...)

HessenForst hat auch Flächen hier und wäre auch in der Lage, sich den Hut aufzusetzen.

(...)

Meines Erachtens wäre HessenForst oder das Land Hessen der geeignete Antragsteller, der alles unterschreibt.

(...)

Einer muss sagen, wo's lang geht, weil es kann nicht jeder sein Windrad stellen, wie er gerne das auf seiner Fläche hätte. Sie müssen in vernünftige Abstände zueinander gestellt werden, wir müssen mindestens 15 Stück unterkriegen (...). Wenn wir einen Windpark als Ganzes errichten, müssen wir natürlich auf bestimmte Dinge Rücksicht nehmen. Auch auf das Wildtier. Es muss Wildruhezonen geben.

(...)

Wir haben hier ein großes Problem (...)

Kein wildlebendes Tier kommt ohne Probleme über die A5. Der Taunus ist komplett abgeschnitten von der Wetterau. Grünbrücken wären hier Möglichkeiten, damit Wildtiere durchkönnen.

(...)

### **Diethardt Stamm (Energiebildungsverein): Information zum angestrebten „Runden Tisch“**

Runder Tisch mit den wesentlichen Betroffenen heißt, das sind die Bürgermeister der Kommunen, Magistratsmitglieder und Parteimitglieder der 4 Kommunen, das ist auch der HessenForst und BundesForst - und wir - im ersten Schritt. Deshalb ist klar, es wird mehrere hintereinander geben müssen, wo dann auch z.B. die potenziellen Investoren dabei sind.

Wir haben engen Kontakt zur Umweltministerium, zur Ministerin Priska Hinz. Sie hat die Kommunen angeschrieben. Und nach einigem Hin und Her haben die Kommunen eine Antwort geleistet.

(...)

Auszüge aus dem Schreiben der Bürgermeister\*in der 4 Kommunen an die Umweltministerin:

„Sicherlich wäre die Landesenergieagentur (LEA) mit dem Aufgabenbereich Bürgerforum Energiewende Hessen (BFEH) eine überaus geeignete potenzielle Moderatorin eines von Ihnen angeregten Runden Tisches.“

Außerdem:

„Es freut uns sehr und wir begrüßen es, dass in dem Einzugsbereich der am Verfahren beteiligten Kommunen ein reges bürgerschaftliches Engagement existiert.“ Das sind wir!

Klingt eigentlich erst einmal gut. Im letzten Satz steht allerdings drin:

„Sobald sich die Planungsüberlegungen verfestigt haben, werden wir die Bevölkerung aus unseren Orten im Rahmen unserer kommunalen Planungshoheit eigenständig informieren.“

D.h. auf gut Deutsch: Mit dem Bündnis machen wir das nicht gemeinsam. Es heißt auch: In ferner Zukunft, eventuell und wir machen alles alleine!

Priska Hinz antwortete uns daraufhin ganz aktuell:

„Ich freue mich, dass Sie mit Ihrem Engagement eine Rückmeldung der (...) Gemeinden (...) auf mein letztes Schreiben ausgelöst haben. Ich begrüße die inzwischen erfolgte Verständigung seitens der beteiligten Kommunen, dem BundesForst, dem Landesbetrieb HessenForst sowie dem beauftragten

Planungsbüro auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes, ebenso wie die von uns von dort aus vorgesehene Information der Bevölkerung nach Festigung der Planungsüberlegungen. Damit scheint der Weg eröffnet, bereits über die angestrebte Konzepterarbeitung, zu einer Einigung zwischen den Beteiligten zu kommen.“

(...)

Das Umweltministerium ist aktuell dabei, die Landesenergieagentur zu beauftragen, die Moderation zu übernehmen. Und dann müssen die Kommunen – nach dem Druck, den wir auch heute wieder aufgebaut haben – die Kommunen sagen, ja da machen wir erst mal mit.

Da sind wir jetzt sehr gespannt, wie es weitergeht. Und der Druck, auch durch die Veranstaltung heute, ist ja immer ein Stück größer. Da können sich die Bürgermeister, die Bürgermeisterin vielleicht nicht leisten, einfach abzusagen.

Diethardt Stamm erläutert einige weitere Einzelfragen, u.a. folgende Stellungnahme von Peter Altmaier zur Frage der Flugsicherung, die auch den Winterstein betrifft:

„Die Deutsche Flugsicherung (DSF) stellt bis zum Jahr 2030 alle An- und Abflugverfahren an den mehr als 60 deutschen Flughäfen auf satellitengestützte Flächennavigation um.“

(...)

Im Jahr 2023/24 wird dort der Flughafen Frankfurt für die Umstellung genannt, was bedeutet, dass sich das Problem der Luftsicherung deutlich verringert! (...) Auch an dieser Ecke geht es voran!